

INNENSTADT UND KULTUR / KREATIVWIRTSCHAFT

Gemeinsame Werkstattreihe von MIL, MWFK, MWAE und BLDAM

Teil 2: Werkstattveranstaltung am 26. August 2024

FINANZIERUNGS- UND FÖRDERFRAGEN

Begrüßung + Moderation: Claudia Mucha (Complan GmbH Potsdam)

Frau Mucha begrüßte zunächst alle Teilnehmenden und gab einen Rückblick auf die bereits vergangene, erste Werkstattveranstaltung. Die Werkstattreihe mit drei Veranstaltungen dient als Ausgangspunkt für einen intensiven Arbeitsprozess der Landesressorts. Die Arbeitsergebnisse der Werkstattreihe bilden die Stoffsammlung für die Arbeitshilfe, die in 2025 erarbeitet werden und die relevante Themen und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen soll.

Anschließend wurden für die zweite Werkstatt die drei Thementische benannt, Tisch 1: Finanzierung von Projekten im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft, Tisch 2: Entwicklung/Förderung öffentlicher Kulturinfrastruktur in den Innenstädten und Tisch 3: Finanzierung/Förderung historischer Bausubstanz (für Nutzung und Sanierung).

Einführung in das Werkstatt-Thema: (Brigitte Faber-Schmidt (MWFK), Katharina Burkardt (MIL))

Brigitte Faber-Schmidt (MWFK) erinnerte an dem im Frühjahr 2023 mit der Tagung „Innenstadt und Kultur“ erfolgten Auftakt in das ressortübergreifende Projekt. Es habe es eine breite, positive Resonanz auf diese erste Veranstaltung gegeben, wobei die Bedeutung des Themas und des Austauschs nochmals unterstrichen wurde. Betonte wurde die Notwendigkeit, Kooperationen zu eingehen, um in den Innenstädten neue Nutzungen zu ermöglichen. Die in der anschließenden, 2024 begonnenen Werkstattreihe fortgesetzte Partnerschaft der drei Ressorts (MIL, MWFK, MWAE) sei eine gute Grundlage, um synergetische Effekte zu erzielen und gemeinsame Ziele effektiv zu verfolgen. Abschließend stellte Frau Faber-Schmidt die Förderübersicht für den Bereich „Stadtentwicklung/Kunst und Kultur“ vor, die den Teilnehmenden einen klaren Überblick über verfügbare Ressourcen und Unterstützungsmöglichkeiten bietet.

Katharina Burkardt (MIL) hob in ihrer Einführung mehrere zentrale Themen zur Stadtentwicklung hervor. Sie betonte, dass Stadtentwicklung nicht nur ein Themengebiet der Landesverwaltung sei, sondern vor allem auch als kommunale Selbstverwaltungsaufgabe verstanden werden müsse. Die Kommunen würden nicht nur finanzielle Mittel erhalten, sondern auch umfassende Unterstützung in Form von Beratung und Expertise, um nachhaltige Entwicklungen zu fördern. Die Stärkung der Innenstädte als lebendige, urbane Mitten der Städte erfordere ein aktives Engagement der Bürger und eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren vor Ort. Seitens des Landes sei es notwendig, den Kommunen Unterstützung zu bieten. Im Rahmen des Werkstattprozesses zu Innenstadt und Kultur sollen verschiedene Vertiefungen angeboten werden. Im Hinblick auf das Hauptthema der heutigen Veranstaltung „Finanzierung und Förderung“ sollen Strategien und Methoden aufgezeigt werden, die den Kommunen und Akteuren aus dem Kultur- und Kreativbereich helfen können, ihre Projekte erfolgreich zu realisieren. Zudem seien in den Werkstattveranstaltungen Praktiker anwesend, um ihre Erfahrungen im Bereich der Förderung zu teilen. Diese Kombination aus Theorie und Praxis schaffe eine solide Grundlage für zukünftige Initiativen der Stadtentwicklung.

Die Moderatorin Claudia Mucha erläuterte den Ablauf der Werkstattveranstaltung und stellte die drei Input-Geber für die Thementische vor.

Keynote 1 - Andrea Nickisch (Netzwerk Zukunftsorte): In ihrer Input-Präsentation thematisierte Frau Nickisch die Kooperationsmöglichkeiten zur nachhaltigen Finanzierung zwischen verschiedenen Akteuren. Sie stellte die Frage, wie die Kommunen in den Prozess der Projektentwicklung involviert werden können und betonte die Bedeutung kreativer Lösungen sowie Zwischennutzungen. Zudem diskutierte sie, welche Kooperationspartner für die Projektträger sinnvoll sein könnten. Ein zentraler Punkt für Projekte der Kultur- und Kreativwirtschaft sei die Entwicklung eines jeweiligen Nutzungskonzepts, das auf kooperative und unterstützende Fördermöglichkeiten abzielt. Hierbei nannte sie Beispiele wie die Städtebauförderung und das Dritte-Orte-Programm und erörterte, wie Förderrichtlinien auf Bundes- und Landesebene genutzt werden sollten. Die Idee kommunaler Fonds wurde ebenfalls angesprochen. Frau Nickisch präsentierte eine Wissensplattform des Netzwerks Zukunftsorte, die wichtige Themen im Prozess der Entwicklung von Kreativ- und Kulturprojekten für Akteure und Kommunen behandelt. Sie skizzierte einen strukturierten Ablauf, der von der Visionserarbeitung über die Formierung von Akteuren bis hin zur Definition passender Vergaben reicht. Weitere vorgesehene Schritte umfassen die Entwicklung eines kooperativen Trägermodells, sowie die laufende Überprüfung und Anpassung des jeweiligen Projekts an Gegebenheiten mit dem Ziel einer Verstetigung.

Keynote 2 – Dr. Stephan Diller (Museum Dominikanerkloster Prenzlau): Herr Diller gab in seinem kurzen Input einen umfassenden Überblick über das Museum im Dominikanerkloster in Prenzlau und präsentierte den Bauprozess nach 1990, sowie die Bilanz der Sanierung und der Nutzung des Klosters, wobei er sowohl die Fortschritte als auch die Herausforderungen hervorhob, die im Laufe der Maßnahmen aufgetreten sind. Herr Dr. Diller betonte die geschaffenen Partnerschaften und Netzwerke, die für den Erfolg der Sanierungsmaßnahmen von entscheidender Bedeutung sind und erläuterte die finanziellen Rahmenbedingungen, die maßgeblich dafür seien, wie diese Aspekte in den Gesamtprozess integriert wurden. Dabei wies er auch auf Engpässe hin, insbesondere in Bezug auf die Passgenauigkeit der Förderprogramme, was gelegentlich zu Verzögerungen führe. Nicht zuletzt stellten auch die Personalengpässe eine Herausforderung für die Projektdurchführung dar.

Keynote 3 – Katrin Ihlenfeld (BLDAM): Frau Ihlenfeld gab einen knappen Überblick über die Herausforderungen und Rahmenbedingungen der Denkmalpflege im Bereich kultureller Vorhaben. Sie wies darauf hin, dass die Finanzierungsmittel der Denkmalpflege ausschließlich für die Substanzerhaltung bereitgestellt werden. Projekte, die über die reine Erhaltung hinausgehen, würden demnach zusätzliche finanzielle Mittel benötigen, insbesondere mit dem Ziel einer nutzungsbezogenen Förderung, die sie als unabhängig von der Frage der frühzeitigen Vorabstimmung mit dem BLDAM ansieht. Frau Ihlenfeld betonte, dass eine enge Abstimmung in der frühen Planungsphase entscheidend ist, um eine reibungslose Gesamtfinanzierung zu gewährleisten und denkmalrechtliche Genehmigungen rechtzeitig zu erhalten. Ihr Input verdeutlicht die Notwendigkeit einer sorgfältigen Planung und Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren, um sowohl den Anforderungen der Denkmalpflege gerecht zu werden als auch innovative Nutzungskonzepte erfolgreich umzusetzen.

Anschließend verteilten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die drei Thementische.

Thementisch 1 - Finanzierung von Projekten im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft

Frau Paaß von Netzwerk Zukunftsorte gab zunächst einen Input zu den Möglichkeiten und Bedarfen in der gemeinwohlorientierten Leerstandsbelegung mit Kultur- und Kreativakteuren und erörterte anhand von Beispielen, welche Chancen es in diesem Bereich für die Belegung der Innenstädte gibt. Ein wesentlicher Diskussionspunkt war die Notwendigkeit von projektbezogenen Kooperationen zur nachhaltigen Finanzierung. Hierbei wurden für Projektträger verschiedene Ansätze erörtert, wie etwa die Identifikation relevanter Ansprechpartner in den verschiedenen Fachbereichen der kommunalen Verwaltung (Fr. Faber-Schmidt), die Recherche zur möglichen Nutzung von Stiftungen sowie die Verbindung zu privatwirtschaftlichen Trägern. Zudem wurde betont, dass es wichtig sei, Verbündete zu suchen, Schnittstellen zu finden und Vernetzungen mit anderen Akteuren auszubauen, um Synergien zu schaffen (Julia Paaß, Katrin Hartmann).

Kerstin Müller stellte das Zusammenspiel von Kommune und Kulturakteuren am Beeskower Beispiel dar. Die Stadt verfüge über geeignete Immobilien, die nach baulicher Anpassung/ Sanierung für Kulturnutzungen bereitgestellt würden, allerdings nur in der räumlichen Kulisse der Städtebauförderung. Außerhalb der Kulisse sei hingegen viel Idealismus der Akteure notwendig, so die eigenen Erfahrungen vom Umbau einer ehemaligen Schule. Frau Müller skizzierte die Bedarfe gegenüber dem Land sowie der Kommune, darunter die Ansprechbarkeit von Förderprogrammen und Drittmittelgebern sowie die notwendige Schaffung einer Vermittlungsstelle zwischen Kreativen und Verwaltung. Ein anschließender Diskussionspunkt war die Eigenmittelknappheit vieler Projektträger. Es wurde auch über Minimalmaßnahmen gesprochen, wie beispielsweise Sicherungsmaßnahmen. Gewürdigt wurde das Engagement der Stadt Beeskow und die Strategie als Kommune, möglichst viele innerstädtische Immobilien oder Leerstände zurückzukaufen.

Am Beispiel Cottbus wurde die doppelte Herausforderung erörtert, die mit der Standortentwicklung für neue Kulturquartiere/ -standorte und der Finanzierung / Etablierung tragfähiger Kulturprojekte einhergeht. Bauplanungs- und bauordnungsrechtliche Herausforderungen stehen hierbei oft gleichgewichtig neben der Frage nach geeigneten Geschäftsmodellen. Stadtverwaltungen hätten hierbei eine Lotsenfunktion, frühe Weichenstellungen mit Signalwirkung für alle Beteiligten könnten mit der städtebaulichen Zielplanung für eine Förderkulisse erfolgen. In der Städtebauförderung bemüht sich das Land, die Kommunen bei der Erhaltung und Ansiedlung von „Frequenzbringern“ zu unterstützen und dabei möglichst flexible Nutzungsvorgaben einfließen zu lassen.

Am Beispiel Filmtheater Guben wurde der Beitrag der Städtebauförderung bei der Bedarfsermittlung und Konzeptarbeit für die geplante Realisierung des Kulturprojekts unter den bestehenden denkmalrechtlichen Rahmenbedingungen dargestellt. Hier wie auch bei anderen innerstädtischen Kulturstandorten stellt sich im Anschluss an die vorbereitende und investive Förderphase die Betriebskostenproblematik, die auf anderen Ebenen gelöst werden müsse. In der Diskussion wurde deutlich, dass das frühzeitige Engagement der Kommune auch dort hilfreich und oft notwendig sei, wo es einen anderen Eigentümer gebe, in vielen Fällen könnten dann im Ergebnis kommunaler Planungsüberlegungen kooperative Lösungen gefunden werden. Dies gelte z.B. für soziokulturelle Nutzungen, die in der Städtebauförderung einen besonderen Stellenwert haben.

Zu dem Thema „Multi-Use, multi-Stakeholder Nutzungskonzept“ wurden verschiedene Aspekte und Herausforderungen der Zusammenarbeit zwischen kreativen Akteuren und der Verwaltung diskutiert. Ein zentrales Anliegen bei solchen komplexen Projekten sei die gute und einfache Erreichbarkeit der Ansprechpartner in der Verwaltung, um eine reibungslose querschnittshafte Kommunikation zu gewährleisten. Es wurde festgestellt, dass es oft an Übersetzungsfunktionen zwischen den einzelnen Akteuren mit spezieller Expertise fehlt, was die Zusammenarbeit erschwert. Die Idee eines Ansprechpartners oder Community-Managers wurden diskutiert, um eine Verbindung zwischen der Kommune und den kreativen Akteuren herzustellen. Dies könne auch hilfreich sein, um die nötigen

übergreifenden Strategien auf der Ebene lokaler Kulturpolitik zu entwickeln. Netzwerkabende, wie sie beispielsweise vom MWAE organisiert werden, könnten dazu beitragen, interne Schnittstellen zumindest in den größeren Kommunen zu verbessern. In kleineren Kommunen könnten „Kulturlotsen“ helfen, bei den Entscheiderinnen und Entscheidern in Kommunalpolitik und –Verwaltung das Verständnis für die Bedeutung von Stadtkultur zu entwickeln und die heute oft ausgeprägten Vorbehalte abzubauen. Eine übergeordnete Stelle für Akteure aus Bereichen wie Tourismus, Kultur und Denkmalschutz könnte helfen, das Verständnis für die Prozesse der Leerstandbewegung zu fördern.

Ein weiterer Punkt war die stärkere Adaption bestehender Möglichkeiten zur Kooperation mit Wirtschaftsförderungen sowie die Nutzung und den Ausbau bereits vorhandener Netzwerke. Die Verwaltungen und Initiativen aus dem gewerblichen Bereich seien aktuell oft stark auf die klassische Wirtschaftsförderung, den Tourismus oder das Stadtmarketing ausgerichtet. Hier wurde neue Wege erörtert und gewürdigt, z.B. die Lausitz Kultur Koordinierungsstellen (LKK) zur Unterstützung der regionalen und länderübergreifenden kulturellen Entwicklung. Die Bündelung von Ressourcen durch interkommunale Zusammenarbeit – etwa die Installierung gemeinsamer „Kümmerer“ - wurde für kleinere Städte als sinnvoll erachtet. Generell gelte es, möglichst die bestehenden Städtenetzwerke zu nutzen. Zwei Ansätze wurden besonders betont: Frau Faber-Schmidt plädierte dafür, bewährte Netzwerke und Plattformen auszubauen und gute Beispiele zu kommunizieren. Frau Müller wies darauf hin, dass eine Anlaufstelle für die Entwicklung von Kultur- und Kreativprojekten vor Ort verankert sein solle, um das Vertrauen bei den Menschen aufzubauen. Herr Wiepke schlug vor, Teilzeit- oder geringfügige Stellen einzuführen, um multifunktionale Aufgaben zu übernehmen. Herr Stricker betonte die Notwendigkeit einer breit ansetzenden Funktionsstärkung der Innenstädte unter Nutzung der verschiedenen Formen eines tragfähigen, passgenauen Innenstadtmanagements.

Frau Wedde verwies auf den Bedarf, die oft engagierten Akteure weiter zu qualifizieren und für neue Themen zu motivieren. Herr Bruch stellte eine Frage an die IHKen bezüglich des Bildungsauftrags in diesem Kontext. Anett Schmidt betonte die Notwendigkeit von niedrigschwelligen Weiterbildungsangeboten im Bereich der oft komplizierten Finanzierungsmöglichkeiten und der Handhabung der Förderanträge und –mittel, konstatierte allerdings ein begrenzten Zugang der Kammer zu den Akteuren.

Bei dem Thema „Kooperative Förderakquise“ wurde verschiedene Ansätze und Herausforderungen der gemeinsamen Antragstellung von Kulturakteuren gegenüber den Städten erörtert. Denn als Reaktion könnten die die Kommunen entsprechende Schwerpunktsetzungen in der Städtebauförderung vornehmen. Herr Stricker betonte die Grenzen bei der Nutzung der Förderkulissen der Städtebauförderung und wies auf das für Einzelvorhaben nutzbare MIL-Programm für Stadtentwicklung in kleineren Städten hin, dass allerdings derzeit ausgelaufen sei. Aktuell gebe es noch eine zusätzliche Antragsmöglichkeit im Rahmen des EU-Programms „Nachhaltige Stadtentwicklung“. Frau Faber Schmidt informierte darüber, dass das Programm „Kulturelle Ankerpunkte“ um drei Jahre verlängert werden konnte und die strukturbildende Förderung für den gesamten ländlichen Raum Brandenburgs verfügbar ist. Dies sei auch eine wichtige Basis für den Wissenstransfer. Frau Müller ergänzte, dass viele bestehende Fördertöpfe leider davon ausgehen, dass Leistungen von den Antragstellenden vorfinanziert werden müssen, was insbesondere im Bereich Bau, Kultur und Kunst als wichtiges Hemmnis angesehen wird.

Thementisch 2 - Entwicklung/Förderung öffentlicher Kulturinfrastruktur in den Innenstädten

Am Thementisch für "Entwicklung/Förderung öffentlicher Kulturinfrastrukturen in den Innenstädten" wurden verschiedene Aspekte und Herausforderungen der kulturellen Förderung und Infrastrukturentwicklung diskutiert. Ein konkretes Beispiel für eine gelungene Umsetzung ist das Innovationslabor in Luckenwalde. Dieses Projekt verdeutlicht, wie durch die enge Zusammenarbeit

zwischen Architekten, Ingenieuren und den Denkmalbehörden innovative Ideen realisiert werden können, während gleichzeitig der Erhalt historischer Bausubstanz gewährleistet bleibt. Solche Initiativen sind essenziell für die Weiterentwicklung der Kulturinfrastruktur in den Städten und Gemeinden. Frau Walkhoff vom Stadtmarketing Luckenwalde e.V. berichtete über die Rolle der Stadt Luckenwalde als Fördermittelnehmer und über die Leerstandanmietung für ein Innovationslabor in einem gut sanierten, denkmalgeschützten Gebäude. Sie betonte, dass keine baulichen Maßnahmen notwendig waren, jedoch die baurechtliche Nutzungsgenehmigung eine Hürde darstellte. Herr Bednasch, Referent für nachhaltiges Bauen beim MIL, bat um konkrete Hinweise zu den bestehenden Hürden, da das Ministerium oft nur Kritik erhält, aber keine spezifischen Probleme kennt. Herr Dr. Diller sprach über Erfahrungen mit dem Bau des Nordflügels des Dominikanerklosters und die Schwierigkeiten mit der Denkmalbehörde, die eine Rekonstruktion verlangte, obwohl keine Quellen oder Bildmaterial vorhanden waren. Er hob hervor, dass insbesondere auf kommunaler Ebene Eigenmittel im Haushalt oft ohne Gewissheit über die Projektbewilligung eingestellt werden müssen. In der Diskussion wurde die Zusammenarbeit der Bauvorlageberechtigten (Architekten und Ingenieure) mit dem Denkmalschutz als entscheidend bewertet, um kulturelle Projekte erfolgreich zu planen und umzusetzen.

Frau Buttke stimmte zu, dass Kultur häufig als freiwillige Leistung betrachtet wird und es notwendig ist, Überzeugungsarbeit für kreative Projekte zu leisten. Sie wies darauf hin, dass nachhaltige und langfristige gewerbliche Projekte einfacher zu fördern sind, während es im Bereich der kulturellen Infrastruktur oft einen Investitionsstau gibt. Ein bewährter Ansatz für Initiativen sei es, nicht nur eigene Projekte zu planen, sondern zunächst mit den öffentlichen Partnern zu besprechen, was möglich sei, um diese von einem Konzept zu überzeugen und das Projekt somit insbesondere auch zur Angelegenheit der Kommune zu machen. Beispiele wie außerschulische Lernorte und Kunstpreise zeigen erfolgreiche Vernetzungen. In der Diskussion wurde als ein wichtiger Aspekt die Integration von Kofinanzierungsanteilen in die kommunalen Haushalte betont, um finanzielle Mittel für kulturelle Vorhaben bereitzustellen.

Herr Palm von der Stadt Forst berichtete von einem guten Draht zur unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt sowie von regelmäßigen Updates und persönlichen Abstimmungen als effektiven Strategien. Frau Knitter vom Kulturbüro in Brandenburg betonte die Notwendigkeit von Überzeugungsarbeit in der Stadtpolitik für die Bedeutung der Kultur und ihre Finanzierungserfordernisse. Herr Bruch vom MIL stellte Fragen nach Kooperationsprojekten und Synergieeffekten zur Kostendeckung. Frau Buttke empfahl zudem, potenzielle Fördermittelgeber vor Ort einzuladen und einen Mix aus verschiedenen Fördermitteln in Betracht zu ziehen. Der Austausch zwischen den Fachbereichen in Stadt- und Gemeindeverwaltungen wurde als wünschenswert erachtet, um eine Zusammenarbeit zwischen Kultur und Stadtentwicklung anzustoßen.

Abschließend berichtete Frau Wilhelm vom MIL über Möglichkeiten der investiven Förderungen sowie über das Programm "Lebendige Zentren" der Städtebauförderung als passendes Beispiel für die Unterstützung kultureller Infrastrukturen in den jeweiligen Förderkulissen. Insgesamt verdeutlichte die Arbeit am Thementisch 2 die Komplexität der Herausforderungen bei der Entwicklung öffentlicher Kulturinfrastrukturen sowie die Notwendigkeit von Kooperationen und strategischem Vorgehen.

Thementisch 3 - Finanzierung/Förderung historischer Bausubstanz (Für Nutzung und Sanierung)

Am Thementisch 3 wurde die Komplexität der Sanierung und der Wiederinbetriebnahme historischer Bausubstanz erörtert. Dabei wurde betont, dass eine frühzeitige Beratung von großer Bedeutung ist, um Sanierungsprojekte gezielt auszurichten. Zudem zeigte sich der Bedarf, die Prozesse im Zusammenhang mit Förderprogrammen und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. Experimentierphasen könnten als Ansatz dienen, um Planungen voranzutreiben, ohne den

vollständigen Antrags- und Genehmigungsprozess durchlaufen zu müssen. Dies sollte in der Finanzierungs- und Förderplanung berücksichtigt werden. Die Aufteilung von Sanierungsprojekten in einzelnen Bauabschnitte wurde ebenfalls als sinnvoll erachtet, da so verschiedene Förderprogramme je nach Bedarf genutzt werden können.

Kritisch angesprochen wurde die Komplexität der Förderlandschaft: Eine Vielzahl spezieller Förderprogramme mit kurzen Laufzeiten überfordert die Kommunen, insbesondere aufgrund ihrer begrenzten personellen Kapazitäten. Die Finanzierung und Förderung historischer Bausubstanz für Nutzung und Sanierung steht aktuell vor mehreren Herausforderungen. Zunächst gibt es einen Mangel an finanziellen Ressourcen, was sich in einer starken Überzeichnung der BLDAM-Mittel im Jahr 2023 zeigte. Zudem ist die Antragstellung komplex; Antragstellende benötigen viel Zeit und Kreativität, um geeignete Fördermittel zu beantragen, während kurze Fristen und enge Vorgaben zusätzliche Hürden darstellen. Ein weiteres Problem ist der sogenannte Förderdschungel: Um eine komplexe Baumaßnahme zu finanzieren, müssen oft verschiedene Förderprogramme kombiniert werden, was Antragstellende ggf. überfordert. Auch die Laufzeiten von Projekten stimmen nicht mit den Laufzeiten der Förderung überein, was eine Aufteilung in Bauabschnitte erforderlich machen kann. Zusätzlich gibt es mangelnde Durchgriffsmöglichkeiten für Kommunen, wenn Investoren Gebäude erwerben, aber nicht sanieren, wodurch diese verfallen. Die wirtschaftliche Tragfähigkeit von Projekten wird durch nicht langfristig gesicherte Finanzkraft der Projektpartner: innen gefährdet, was dazu führt, dass Kommunen finanziell einspringen oder neue Nutzungen suchen müssen. Bürokratische Hürden in Form umfangreicher Genehmigungsprozesse verzögern die Sanierung historischer Gebäude erheblich. Schließlich erschwert ein Personalmangel in den zuständigen Behörden die Verwaltung und Umsetzung von Förderprogrammen, insbesondere bei kurzfristigen Initiativen.

Ausgehend von den besprochenen Herausforderungen wurden verschiedene Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen diskutiert. Eine wichtige Maßnahme ist demnach die Förderung von Kooperationen und Netzwerken zwischen Kommunen und lokalen Akteuren, um Investitionen zu unterstützen und Projekte langfristig voranzutreiben. Innovative Nutzungskonzepte, die historische Gebäude durch kulturelle und gemeinschaftliche Nutzungen beleben, sind ebenfalls entscheidend; hier spielen langfristige Kooperationspartner eine zentrale Rolle. Die Möglichkeit der abschnittswisen Sanierung wird empfohlen, um Projekte in Bauabschnitte zu unterteilen, Kosten zu verteilen und unterschiedliche Förderprogramme nutzen zu können. Partizipative Ansätze sowie Experimentierphasen können helfen, die Relevanz und Machbarkeit von Projekten zu testen, ohne das vollständige Genehmigungsverfahren durchlaufen zu müssen. Eine intensive Beratung im Vorfeld ermöglicht eine passgenauere Ausrichtung der Projekte, bevor Konzepte vervollständigt oder Anträge gestellt werden. Hierbei sollte das BLDAM seine Beratungsangebote ausweiten. Kommunen sollten zudem aktiv die Teilnahme des BLDAM an Beratungsterminen einfordern, insbesondere wenn die Lösungsfindung mit der UDB schwierig ist.

Schließlich wurde hervorgehoben, dass Kulturförderung auch die Förderung von Personal umfasst, um qualifizierte Mitarbeitende für Projekte gewinnen zu können. Es sollte überlegt werden, wie projektbezogene Förderungen in eine dauerhafte personelle Unterstützung überführt werden können, da dies positive Effekte für die Städte mit sich bringen würde.

Darüber hinaus sollte die Städtebauförderung entlastet werden, um mehr Raum für Stadtentwicklungsaufgaben zu schaffen und somit in anderen Themenbereichen wie Schulen oder Kitas besser fördern zu können. Der Fokus sollte auf nachhaltigen Lösungen liegen, die langfristig tragfähig sind. Schließlich ist es wichtig, die Personalkapazitäten in den Kommunen zu stärken, indem geförderte Personalstellen für Kulturprojekte langfristig erhalten bleiben, um Fachkräfte zu sichern.

Abschlussworte:

Brigitte Faber-Schmidt (MWFK): Kultur muss als integraler Bestandteil lokaler Konzepte verankert werden. Die Bildung von Kooperationen und Allianzen ist entscheidend, um die Potenziale der historischen Bausubstanz optimal zu nutzen. Zudem sollte der Stellenwert der Genehmigungsverfahren nicht unterschätzt werden, da sie einen wesentlichen Einfluss auf die Projektumsetzung haben. Sie freut sich bereits auf die nächste Veranstaltung, um den Austausch und die Zusammenarbeit zu vertiefen.

Stefan Bruch (MIL): Die Thementische im Rahmen der Werkstattveranstaltung haben sich als nützliches Format erwiesen, um einen offenen Diskussionsraum für den weiteren Prozess zu schaffen. Die Auseinandersetzung mit Planungs- und Genehmigungsstrukturen hat wertvolle Erkenntnisse geliefert, die in die gemeinsame Arbeit am Leitfaden einfließen werden. Es könne optimistisch auf die nächsten Schritte und die Fortsetzung der Zusammenarbeit geblickt werden.

Stricker, 26.09.2024

